Zur nächsten Schul- und Sportausschusssitzung am 20.06.2017, stellt die CDU-Fraktion folgende Fragen, die von der Verwaltung hiermit schriftlich beantwortet werden

1. Frage:

Vorlage Drucks.-Nr. 4745, Seite 4 unter Aufwendungen: „Die Aufwendungen für Schülerbeförderung (Zeilen 85-93) werden aufgrund von Einsparvorgaben für 2018 mit 7.269.381 Euro um ca. 296.000 Euro geringer angesetzt als bisher geplant. Auf die bisherige Untergliederung in Teilprodukte je Schulform wird zur Vereinfachung künftig verzichtet.“ □ Unter Ziffer 93 der Veränderungsliste steht allerdings: „Kalk. Tarifsteigerung 2,8 % unter Berücksichtigung von Veränderungen in der Schullandschaft (Schließung Hauptschulen). Eine Konsolidierung mit jeweils 50.000 Euro bei Grund- und Förderschulen im Schülerspezialverkehr (Taxi) ab 2018 wurde berücksichtigt.

FRAGE: Gibt es Einsparvorgaben oder Veränderungen der Schullandschaft? Wie sehen die IST-Zahlen von 2014/2015 aus?

Antwort:

Zunächst die Zahlen der Vorjahre als Summen aller Schulformen:

2015: IST 6.558.676 Euro

2016: IST 6.642.811 Euro

2017: PLAN 7.411.849 Euro

2018: PLAN 7.565.204 Euro, PLAN neu lt. Veränderungsliste: 7.269.381 Euro (Δ ca. 296.000)

Die Schülerbeförderungskosten unterliegen neben der jährlichen Tarifierhöhung, die stets einkalkuliert wird, zahlreichen strukturellen Veränderungen, die in ihren Auswirkungen im Voraus oft nicht genau zu kalkulieren sind. So wurde im Ansatz 2017 erhöhter Aufwand für die Schülerbeförderung von Zuwandererkindern eingeplant sowie erhöhter Aufwand für den Schülertransport zur Hamfeldschule (nach Aufgabe des Schulstandorts Kupferhammer). Beide Effekte traten bisher im angenommenen Umfang nicht auf, der Ansatz für 2018 konnte deshalb reduziert werden. Immer weniger Schüler besuchen die Schulform Hauptschule, wählen stattdessen vermehrt die Realschulen. Die Realschulstandorte sind zahlreicher, die Schulwege tendenziell kürzer. Das führt zur Verringerung der Fahrkostenerstattungsansprüche.

Die Verringerung des Beförderungsaufwandes mit Taxen um rd. 100.000 Euro jährlich ist eine Maßnahme des Haushaltsbegleitbeschlusses 2015, umzusetzen bis 2021. Nachdem jetzt bereits rd. 65.000 Euro/Jahr Einsparung erreicht ist, wurde die Maßnahme im Ansatz für 2018 voll berücksichtigt.

Noch nicht einkalkuliert sind die Fahrkostenansprüche von Schülern/innen von zwei neuen Sekundarschule (weil in 2018 ggf. erst geringe Schülerzahlen und zeitanteilig nur 4/12).

2. Frage

Zusätzlich unter Aufwendungen: „Die Aufwendungen für Lernmittel werden bedarfsgerecht zwischen den einzelnen Schulformen umgeschichtet (Zeilen 94-100).“

FRAGE: Warum kann es nicht wegfallen?

Antwort:

2015: IST 1.650.134

2016: IST 1.678.389

2017: PLAN 1.755.937

2018: PLAN 1.755.937, PLAN neu lt. Veränderungsliste 1.755.937 mit Umschichtung zu Gunsten der Ansätze für Berufskollegs und Förderschulen und zu Lasten der Ansätze der Hauptschulen, Realschulen und Gymnasien gem. IST der Vorjahre.

Die schulformspezifische Ausweisung der Lernmittelkosten kann nicht wegfallen, weil es Vorgaben des Landes (Zuordnungsvorschrift Produktgruppen von IT.NRW) gibt, die zwingend vorschreiben, dass die Lernmittelkosten nach Schulform (PG 211 bis 231) unterschieden zu

melden sind; die Schülerbeförderungskosten dagegen in einer finanzstatistischen Produktgruppe (hier PG 241) gemeldet werden können.

3. Frage

Vorlage Drucks.-Nr. 4745, Seite 5 unter „Erläuterungen zum Stellenplan“: Stellennummer 400 24 160: Wie erklärt sich ein Personalaufwand von 0,2 Stellen?

Antwort:

Bei dem Personalmehraufwand im Umfang von 0,2 Stelle auf der Stelle 400 24 160, handelt es sich zu diesem Zeitpunkt lediglich um eine stellenplanmäßige Umschichtung von der Stelle 400 24 170 auf die Stelle 400 24 160. Der Mehrbedarf (Grund: Umsetzung der schulischen Inklusion) auf dieser Stelle wurde bereits zum 01.11.2014 vom Amt 110 anerkannt, stellenplanmäßig aber nicht bei vorhandenen Planstellen abgebildet, sondern in einer neu geschaffenen Stellenplannummer 400 24 170 mit 0,2-Anteil festgehalten. Das war personalwirtschaftlich nicht besetzbar.

Mit dieser jetzt vorgesehenen Umschichtung wird die Stellenplannr. 400 24 170 zugunsten der Planstellen 400 24 150 und 160 aufgelöst und stellt damit transparent das Stellentableau und die personelle Besetzung bei 400.24 dar.

4. Frage

Im Teilergebnisplan Schulträgeraufgaben, Seite 609 Nr. 2 „Zuwendungen und allgemeine Umlagen“: Wie lassen sich die Veränderungen von 6,2 Mio. Euro im Jahr 2017 zu 3,6 Mio. Euro im Jahr 2018 und schließlich zu 1,7 Mio. Euro im Jahr 2019 erklären?

Antwort:

Die Fragen bzw. Antworten zu 4 und 5 korrespondieren miteinander.

Der Ansatz **2017** von 6,27 Mio € besteht zu 6,117 Mio € aus Landeszuweisungen für Baumaßnahmen (Bildungspauschale und/oder Komm-Invest.):

- Energ. San. Werkstatt CSB Metall/Elektro 1.593.000 €
- Ersatzneubau SH Luisenschule II 1.350.000 €
- Energ. San. GES Rosenhöhe 1.050.000 €
- Schulbad Plaßschule 810.000 €
- Energ. San. GS Windflöte 604.500 €
- Energ. San. Buschkampfschule 539.500 €
- Energ. San. GS Theesen 130.000 €
- Helmholtz-Gym. 40.000 €

Des Weiteren sind in der o. a. Summe abrechnungstechnisch bedingt insg. 153.065 € Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Zuschüssen für geförderte Investitionen enthalten. Diese werden entsprechend der Abschreibungsdauer aufgelöst.

Für **2018** sind im Entwurf folgende Zuschüsse von insg. 3,62 Mio € veranschlagt, davon 3.482.500 € für Baumaßnahmen:

- Energ. San. GES Rosenhöhe 1.680.000 €
- Ersatzneubau SH Luisenschule II 900.000 €
- Energ. San. GS Theesen 422.500 €
- Schulbad Plaßschule 360.000 €
- Helmholtz-Gym. 120.000 €

Die Sonderposten werden 2018 mit 137.490 € veranschlagt.

Für **2019** enthält der Entwurf 1,6 Mio. € Landeszuweisungen (noch nicht schulscharf aufgeschlüsselt) und 126.419 € Sonderposten.

Diese Ansätze ändern sich durch die Veränderungsliste!

Neue Förderprogramme (Digitalpakt Schule, Komm-Invest-2 ...) führen zu einer Ausweitung der Planungen und der erneuten Überarbeitung der Veranschlagung.

5. Frage

Teilergebnisplan Schulträgeraufgaben, Seite 610 Nr. 15 „Transferaufwendungen“: Hier sind deutliche Veränderungen zu sehen von -6,8 Mio. Euro im Jahr 2017 zu -4,3 Mio. Euro im Jahr 2018 und -1,6 Mio. Euro im Jahr 2019. Wie lässt sich das erklären?

Die Transferaufwendungen korrespondieren mit den Ansätzen für „Zuwendungen“, da die Zuwendungen vollständig, ggf. mit einem zusätzlichen städt. Eigenanteil (z.B. aus dem Ansatz für baulichen Inklusionsaufwand), für die genannten Baumaßnahmen an den ISB weitergegeben werden.